

**Kantonsrat**

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
Telefon 032 627 20 79  
Telefax 032 627 22 69  
pd@sk.so.ch  
www.parlament.so.ch

## **Medienmitteilung**

### **Finanzkommission weist Massnahmenplan teilweise zur Überarbeitung zurück, verlangt aber die sofortige Umsetzung von 43 Massnahmen**

**Solothurn, 16. August 2012 – Die kantonsrätliche Finanzkommission (FIKO) hat den Massnahmenplan 2013 intensiv diskutiert und den IAFP 2013 - 2016 (Integrierter Aufgaben- und Finanzplan) zur Kenntnis genommen. Sie hat der Teilrevision des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern zugestimmt. Die Anpassung im Staatshaftungsrecht wurde ebenso gutgeheissen, wie auch die Steuerungsgrössen im direkten Finanzausgleich für das Jahr 2013. Unbestritten war ein Zusatzkredit zum Neubau Kreisel Zentrum in Breitenbach.**

#### Massnahmenplan 2013

Der Massnahmenplan 2013 zur Erreichung eines mittelfristig ausgeglichenen Staatshaushaltes hat bei allen Fraktionen sehr zwiespältige Reaktionen ausgelöst. Bemängelt wurde vor allem, dass viele der 61 aufgeführten Massnahmen nicht eigentliche Einsparungen sind. Vielmehr sollen, wenn es nach dem Vorschlag des Regierungsrates geht, in diversen Bereichen Umwälzungen stattfinden, Projekte verzögert angegangen und Mehreinnahmen generiert werden. Die Finanzkommission ist aber auf das Massnahmenpaket eingetreten, hat es intensiv beraten und schliesslich der Umsetzung von 43 Massnahmen zugestimmt. Vom ursprünglichen Verbesserungspotenzial von rund 52 Mio. Franken für das Jahr 2013 blieben nach der Abstimmung noch 13 Mio. Franken übrig. Wenn das Parlament den von der FIKO verabschiedeten Massnah-

men ebenfalls zustimmt, sollen sie schnell umgesetzt werden. Es handelt sich um Massnahmen, welche in der Kompetenz der Regierung umsetzbar sind. Die von der Regierung im Bildungsbereich vorgeschlagenen Kürzungen hat die FIKO mehrheitlich abgelehnt, einzig die Verschiebung der Einführung der Frühfremdsprache Englisch fand eine deutliche Mehrheit. Grössere, in der Kompetenz des Kantonsrats liegende Massnahmen wie die Senkung der Prämienverbilligung, die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer oder eine Steuererhöhung für natürliche Personen von 104 auf 108 Prozent fanden in der FIKO keine Zustimmung. Die Kommission weist den Massnahmenplan, soweit er nicht auf Zustimmung gestossen ist, zur Überarbeitung an den Regierungsrat zurück. Die FIKO sieht weiteren Handlungsbedarf, um das strukturelle Defizit zu verringern. Sie verlangt mit ihrer Teilrückweisung die Vorlage eines erweiterten Massnahmenpakets. Dabei sollen insbesondere interne Prozessoptimierungen in den einzelnen Ämtern geprüft werden. Auch ein Aufgabeverzicht darf kein Tabu sein; einnahmen- und ausgabenseitige Vorschläge sollen sich die Waage halten.

#### Teilrevision des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern

Ebenfalls beraten wurde die Teilrevision des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern. Viel Diskussionsstoff gab die Änderung über den Sold der Milizfeuerwehrleute, die vom Bund vorgeschrieben wird. Der Regierungsrat beantragt den Sold für Militär- und Schutzdienst, das Taschengeld für Zivildienst sowie der Sold der Milizfeuerwehrleute bis zu einem Betrag von 5'000 Franken jährlich von den Steuern zu befreien. Ein Antrag aus den Reihen der CVP für einen Freibetrag von 10'000 Franken wurde knapp angenommen. Bei allen anderen Änderungen stimmte die Kommission dem Antrag des Regierungsrates zu.